



SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS

SPD-Kreistagsfraktion Kitzingen

Vorsitzender: Robert Finster, 97350 Mainbernheim, Kirchenbergstr. 1
Tel. 09323/1350 E-Mail: robert-finster@t-online.de

Landratsamt Kitzingen

Frau Landrätin Tamara Bischof

Kaiserstr. 4

97318 Kitzingen

Sehr geehrte Frau Landrätin Bischof,

seit Jahren stellen wir bei den Haushaltsberatungen fest, dass Bund und der Freistaat Bayern immer mehr Aufgaben und Kompetenzen auf den Landkreis übertragen und sich dann vor allem aus der finanziellen Verantwortung stehlen. Im Haushaltsjahr 2023 waren dies ca. 2,5 Mio. €. Dies sind ca. 2 Punkte Kreisumlage.

Wir bitten daher im Rahmen der Haushaltsberatungen um die detaillierte Auflistung aller Stellen die den übertragenen Wirkungsbereich und damit die staatlichen Aufgaben umfassen, die dem Landkreis im Auftrag des Staates zugewiesen sind.

1. Wie viele dieser Stellen sind beim Landratsamt Kitzingen derzeit nicht besetzt?
2. Wie hoch sind die finanziellen Mittel des Landratsamt Kitzingen, um das fehlende Personal zu kompensieren?
3. Wie hoch waren die Kosten im letzten Jahr?
4. Wie viele Beamte, die an unser Landratsamt abgestellt wurden, sind in den letzten fünf Jahren abgezogen worden, deren Stellen aber nicht nachbesetzt wurden?
5. Wie hoch sind die Personalkosten, die auf diesem Weg in den letzten 5 Jahren vom Land eingespart wurden?
6. Wie hoch sind die Personalkosten, die auf diesem Weg in den letzten 5 Jahren vom Bund eingespart wurden?
7. Wurden vom Landratsamt Kitzingen deswegen Überlastungsanzeigen bei der Staatsverwaltung eingereicht?
8. Sind im Landratsamt Kitzingen Stellen vorhanden, die in den letzten 10 Jahren durch Projektförderungen geschaffen wurden und nun in den Bestand des Landratsamts übergegangen sind?

Begründung:

Die Bayerische Verfassung, das Finanzausgleichsgesetz und die Landkreisordnung versprechen den Landkreisen, die Kosten zu erstatten, die ihnen durch die Zuweisung von

staatlichen Aufgaben entstehen. Aber derzeit werden die Landkreise vom Freistaat mit pauschalen Zahlungen abgespeist, die nur einen Teil des entstandenen bzw. entstehenden Aufwands abdecken.

Gerade im Hinblick auf den geplanten Bau von zusätzlich notwendigen Büroräumen für unsere Verwaltung fragen wir uns, warum der Staat den Landkreisen nur einen Bruchteil des Aufwandes abdeckt und die Landkreise sich offenbar mit diesem Sonderopfer abfinden? Weshalb fordern wir und andere Landkreise nicht gemeinsam bei der Staatsregierung ein, was ihnen zugesagt ist? Diese Fragen betreffen nicht nur die Landkreise, sondern auch die Gemeinden. Denn sie zahlen mit der Kreisumlage am Ende die Spesen des Freistaates. Das ist nicht gerecht. Das ist nicht akzeptabel. Das müssen wir ändern.

Robert Finster

Vorsitzender SPD Kreistagsfraktion

Margit Hofmann

Stellv. Vorsitzende SPD Kreistagsfraktion